man immer noch die Redensart: „Wir machen ganz gerne noch den Juni hindurch Ferien!" und ähnliche ironische Ableugnung jeglicher Streikmüdigkeit.

Wirtschaftlich gesehen, ist die Lage jedoch so: Die Streikkassen waren der Dauer und der Ausdehnung des Streiks nicht gewachsen. Die Leidtragenden in diesem Falle waren die Gemeinden. Die Zahlung einer regelrechten Erwerbslosenunterstützung kommt nicht in Frage, da die Gemeinden natürlich in einem Arbeitskampf die Machtverhältnisse nicht durch Unterstützung einer Partei beeinflussen dürfen. Wenn aber die Streikgelder allmählich versiegen, dann wenden sich die notleidenden Familien an die städtische Armenfürsorge, die sich natürlich ihren bedürftigen Bürgern nicht verschließen kann. Nach und nach mußten wohl alle Zwickauer Bergarbeiter diesen Weg beschreiten, ein Zeichen für die Ebbe in den Streikkassen. Man kann sich denken, welche

Last für die Gemeinden

hieraus erwächst! Sie befinden sich jedoch in einer Zwangslage, zumal auch die Notstandsarbeiten in Streikzeiten, wogegen eigentlich doch nichts einzuwenden wäre und die die unvermeidlichen Unterstützungen für die Gemeinden wenigstens produktiv gestalteten, als Neutralitätsverletzung angesehen werden. Selbstverständlich werden Beihilfen nur gewährt, wenn der Ausfall der Streikgelder einwandfrei nachgewiesen ist. Ob auch die Arbeitswilligkeit und der Nachweis, daß die Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich sei (Terror oder Aussperrung), als Vorbedingung verlangt werden müsse, ist eine ebenso schwierige wie strittige Frage; derartige Versicherungen werden fast bei jedem Gesuch abgegeben, nachzuprüfen sind sie natürlich nie.

Besonders rege ist diesmal die Tätigkeit der

Internationalen Arbeiterhilfe.

Allerdings treffen ihre Spenden nur unregelmäßig ein. Sie bestehen in Lebensmitteln, besonders Brot, aber auch in anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs. Ihre hauptsächliche Tätigkeit besteht jedoch in der Verschickung der Kinder streikender Bergarbeiter. Die Internationale Arbeiterhilfe, kurz IAH. genannt, vermittelt die Unterbringung der Kinder, sorgte für die Beförderung und zahlt, wo es nötig ist, auch Verpflegungsgelder. In den letzten Tagen konnte man oft Scharen von Kindern mit Fahnen und Musik zum Bahnhof ziehen sehen. Besonders die erzgebirgische Bevölkerung hat zahlreiche Kinder aufgenommen.

Endlich hat während des Streikes eine Bewegung an Ausdehnung zugenommen, die schon früher unter dem Druck der geringen Verdienstmöglichkeiten im sächsischen Bergbau zu beobachten war. Die Abwanderung von Bergarbeitern in andere Berufe hat weitere Fortschritte gemacht. Und solange die anderen Industrien der Gegend ausreichende Beschäftigung bieten, ist mit einer Rückwanderung zum Bergbau nicht zu rechnen. Da es nicht die schlechtesten Kräfte sind, die auf angemessene Bezahlung Wert legen, so werden auch die Grubenbesitzer zum mindesten diesen dauernden Schaden davontragen.

Die Wahlrechtsreform

Die Regierungsvorlage vor dem Reichsrat

Berlin, 13. Juni. (Eig. Tel.) Das Reichskabinett hat die von ihm am 9. Februar bereits genehmigte Novelle zum Reichswahlgesetz gestern dem Reichsrat vorgelegt. An der ursprünglichen Fassung ist eine kleine Aenderung vorgenommen worden insofern, als von den Parteien ein Kostenbeitrag zu den Wahlzetteln zu leisten sei, der vielleicht auch den Unfug der Splitterparteien, die keine ernstlichen Wahlziele verfolgen, abschwächen wird. Durch die Novelle wird die Zahl der Abgeordneten auf 399 beschränkt, die der Wahlkreise auf 156 (bisher 35) erhöht. Auch der Wahlquotient wird von 60 000 auf 75 000 erhöht. Auf jeden Kreiswahlvorschlag sind nur zwei Bewerber für jede Liste zulässig. Jeder Vorschlag hat ein Kennwort zu tragen. Innerhalb eines Wahlkreisverbandes, deren es 16 gibt, ist der gleiche Wahlvorschlag für mehrere Kreise zulässig. Das Listensystem bleibt bestehen. Die Verwertung der erlangten Stimmen innerhalb der einzelnen Kreise und Verbände erfolgt nach dem d'Hondtschen Höchstzahlensystem. In diesem Vorschlag der Regierung, der einen engeren Kontakt zwischen Wählern und Kandidaten herbeiführen will, ist die Frage des Wahlrechtsalters nicht berührt. Doch liegt u. a. ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Erhöhung des Wahlalters auf 24 Jahre vor, über den voraussichtlich in Verbindung mit der Novelle im Plenum beraten wird.

Der Konflikt mit den Eisenbahnern

Berlin, 13. Juni. (Eig. Tel.) Zum Eisenbahnerkonflikt hören wir, daß heute keine Verhandlungen zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Regierung vorgesehen sind. Gegenwärtig finden aber Verhandlungen innerhalb der zuständigen Reichsressorts statt, und man hofft, zu einem Ergebnis zu kommen, das zu einer Einigung mit den Gewerkschaften führen wird. Die Antwort des Reichsverkehrsministers auf die Forderungen der Eisenbahnerorganisationen dürfte jedoch heute nicht mehr den Gewerkschaften zugehen.

Keine Einreiseerlaubnis für Fuchs und Jarres

Köln, 13. Juni. (Eig. Tel.) Die Besatzungsbehörde hat die Einreiseerlaubnis für den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Fuchs zur bevorstehenden Tagung des rheinischen Provinziallandtages nicht erteilt. Die Einreiseerlaubnis für den Reichsminister des Innern Dr. Jarres, dem Präsidenten des Provinziallandtages, wurde eingezogen. Danach dürfte die Tagung des rheinischen Provinziallandtages wieder in Barmen stattfinden.

Litwinow bei Macdonald

London, 13. Juni. (Eig. Tel.) Litwinow ist gestern nach Schottland gefahren, um mit Macdonald während dessen Ferien über die Fortsetzung der englisch-russischen Konferenz eine Besprechung, die wahrscheinlich von entscheidender Bedeutung sein wird, abzuhalten.

Dawes ist zum Kandidaten für die Vizepräsidentschaft nominiert worden.

Der Parteitag der VSPD

Von unserer Berliner Redaktion

R. Berlin, 13. Juni. (Eig. Tel.) Einen Teil des Vormittags nahmen die letzten Angriffe der Opposition ein, ohne materiellll viel neues zu bringen. Dafür setzte die Abwehr der Fraktionsverteidiger stärker ein. Sollmann, übrigens nicht allzugeschickt, dafür aber Loebe umso klüger und sarkastischer, endlich Robert Schmidt, trugen die Hauptlast dieses Kampfes. Beifalls- und Mißfallenskundgebungen sind am heutigen dritten Tag leidenschaftlicher geworden. Es kommt auch öfter zu kleineren Zusammenstößen zwischen einzelnen Delegierten. Im ganzen aber verhindert die allgemeine Disziplin doch alle wirklich heftigen Ausbrüche der zweifellos tiefgehenden Gegensätze. Darum kann auch das Endergebnis des Parteitages nicht mehr zweifelhaft sein. So objektiv berechtigt auch manche Vorwürfe der Opposition sein mögen, so viel auch durch mangelnde Entschlußkraft der Parteileitung im Laufe des letzten Jahres versäumt worden sein mag, die Opposition wird sich der Mehrheit fügen, wenn sie nur im wesentlichen ihren alten Kurs beibehalten wird. Jeder Gedanke an eine Spaltung wäre lächerlich. Gerade die Stärke und Schärfe der Opposition (das hob auch Loebe in seiner heutigen Rede hervor) bedeutet noch keine Schwächung der Partei, sondern vielmehr ihre Bündnisfähigkeit. Daß die Entscheidung so fallen wird, wurde schon am Schluß der Vormittagsitzung klar, als über die Resolution Hermann Müller abgestimmt wurde, die die Koalitionspolitik nicht als eine Frage des Prinzips, sondern der Taktik angesehen wissen will. Das Resultat der Abstimmung wird erst in der Nachmittagssitzung verkündet werden. Aber schon der Zuhörer konnte feststellen, daß die Zahl der abgegebenen „Ja" die der „Nein" bei weitem übertrifft.

*

Berlin, 13. Juni. (Eig. Tel.)

Vorsitzender Dittmann eröffnete die Sitzung um 9,15 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete Dr. Sender-Saarbrücken namens der Saargebietsbevölkerung eine Anfrage an den Parteitag. Der Redner verweist darauf, daß die Annexionsgelüste Frankreichs in immer unverhohlenerer Form zutage treten, daß aber trotz der Verdrängung der deutschen Schulen die Französierung von 90 Prozent der Bevölkerung abgelehnt werde, daß auch die Willkür der französischen Militärbesatzung und die Verwaltungswillkür den Saarländern ihr Deutschtum und ihr Vaterland nicht abspenstig machen werden.

Hierauf wird die allgemeine Aussprache fortgesetzt.

Sollmann-Köln: Genosse Strödel hat eine Kritik an der Parteipresse geübt, die in dieser allgemeinen Form nicht zutrifft. Das passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr haben wir uns nicht zu schämen; ohne ihn würde heute noch in Frankreich Poincaré mit dem Nationalen Block regieren. Wie wollte man übrigens zu Verhandlungen mit Frankreich kommen ohne den Sturz Cunos, ohne die Große Koalition?

Auch Ebert hat das Vorgehen gegen die sächsische Regierung keineswegs gebilligt,

was auch immer gegen Zeigner geltend gemacht werden konnte. An ihm ist nach meiner Ueberzeugung ein Justizmord begangen worden, dessen sich Deutschland schämen muß. Die Art, wie gegen ihn vorgegangen wurde, ist feige und erbärmlich gewesen und verdient die Verachtung jedes anständigen Menschen. (Lebhafter Beifall links.) Die Große Koalition hat das Rheinland bei Deutschland festzuhalten verstanden. Sie hat durch Hilferding die Sanierung der Währung und damit der Wirtschaft eingeleitet. Sie hat die Republik gerettet und die Einheit des Reiches gewahrt. Den heutige Freistaat ist trotz aller seiner Unvollkommenheiten ein Fortschritt gegenüber dem kaiserlichen Absolutismus und dem Dreiklassenparlament. Zum Schluß begrüßt der Redner mit begeisterten Worten die neue Jugend und die Jungsozialisten.

Heinig-Berlin vermißt eine Aussprache über das, was nun richtunggebend für morgen sein soll. In der Kritik des Vergangenen sind sich wohl die meisten einig. Innerhalb der letzten Wochen hat die Partei sich angesichts der Kabinettsbildung nach außen hin nicht immer auf der Linie des starken Widerstandes befunden.

Das Entscheidende ist aber, daß man doch nicht getötet werden will durch Ideen, die vor dreißig Jahren einmal richtig waren.

(Sehr richtig!) Es gilt, positive Arbeit zu leisten, denn die Entwicklung ist kein Kreislauf. Man will von denen getrieben werden, die morgen kommen, nicht von denen, die aus dem Vorgestrigen nicht herauskommen. (Lebhafter Beifall.) Der Vorwurf, der hier von Dißmann erhoben wurde, daß die Partei wohl immer und überall dabei sein muß, ist durchaus unberechtigt.

Der Vorsitzende Dittmann teilt die Eingabe eines Antrages Bernsteins auf gedruckte Zusammenstellung der Aeußerungen über das Sachverständigengutachten mit.

Rieß-Jena verteidigt dem Abgeordneten Hermann Müller gegenüber die linksgerichtete Länderpolitik in Sachsen und Thüringen. Nur in einem Land mit einer Arbeiterregierung ist eine direkte Arbeiterpolitik möglich gewesen. Nach Aufhören der Zusammenarbeit mit den Kommunisten ist diese Arbeiterpolitik in Thüringen sofort zusammengebrochen. Sollmann gegenüber kritisiert der Redner scharf die Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen, anstatt gegen Bayern. (Lebhafter Beifall.) Wir thüringer Sozialdemokraten sagen mit Stolz, daß wir die Einheit der Sozialdemokratie über alle Hindernisse und Widerstände hinweg durchgesetzt haben. Daran wird auch der Parteivorsitzende Genosse Müller nicht vorbeigehen können. Wie durch die Görlitzer Resolution der Versuch der Zusammenarbeit nach rechts gemacht worden ist so verlangen wir auf der anderen Seite den

Versuch einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten.

(Beifall links.)

Vorsitzender Dittmann teilt mit, daß der Redner den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag Müller gestellt hat.

Schulz-Königsberg betont, daß von der Partei große Fehler gemacht wurden. Früher waren wir Sozialdemokraten stets geschlossen gegen Staat und Wirtschaft. Wir waren radikale Republikaner. Heute treibt man pflaumenweiche Politik.

Löbe-Breslau bedauert, daß der Opposition nicht das Korreferat übertragen wurde. Man durfte die Kritik nicht verhindern. Wenn man auch verstehen kann, daß der Parteitag der Ansicht ist, daß man nicht wiederum alles hören will, was man schon hundertmal gehört hat, so hätte man trotzdem die Opposition noch mehr zu Worte kommen lassen sollen, um sie zu widerlegen. Markwald sollte sich allerdings nicht bemühen, der Scholem sozialdemokratischer Parteitage zu werden. (Große Heiterkeit.) Was die Opposition mit ihrer Resolution bietet, ist doch recht mager.

Das Schlagwort von der einen „reaktionären Masse der Bourgeoisie" ist recht unfruchtbar. Nicht von ungefähr ist es, daß in allen europäischen Staaten, in denen die Sozialdemokratie bis vor die Tore der Macht gelangt ist, ähnliche Koalitionspolitik getrieben werde; so in Frankreich und in England. Mit dem einfachen „Kehrt" des Genossen Dißmann kommen wir nicht weiter.

Nicht Stresemann, nicht Marx zuliebe, sondern um unserer proletarischen Anhänger willen müssen wir das Sachverständigengutachten zur Annahme bringen.

Eine kräftige Opposition macht uns gleichzeitig zu einer bündnisfähigeren Koalitionspartei. Den Ruf zum Schutze der Republik soll man durch den einzelnen Mann laut durchs Land tönen lassen. Wir als Partei verteidigen die Form der Republik, um ihr den Inhalt zu geben, und deshalb kämpfen wir mit Nägeln und mit Zähnen für diese Republik. (Stürmischer Beifall.)

Robert Schmidt: Von der Opposition ist grundsätzlich bestritten worden, daß die Partei mit Bürgerlichen eine Koalition eingehen darf. Demgegenüber steht fest, da wir nach dem Londoner Ultimatum dem deutschen Volke unerträglichen Schaden zugefügt hätten, hätten wir nicht für die deutsche Politik damals die Verantwortung mit übernommen. (Zustimmung.) Ein positives Programm für die Regelung der nächsten Zukunftsfragen hat uns die Opposition nicht zu entwickeln vermocht. Das „Maximum an Kraftentfaltung" ist doch nur eine schöne Redensart. Aufhäuser vermißt in unserer Wirtschaftspolitik „weitgesteckte Ziele". Er übersieht oder vergißt, daß wir in der Frage der Sanierung der Währung, der Schaffung der Rentenmark, die Führung übernommen haben. Die Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz war eng verknüpft mit der Auflösung des Reichstages, die von der Reaktion mit fieberhaftem Eifer betrieben wurde. Wir mußten die Auflösung verhindern, um die Lösung der Reparationsfrage zu fördern, und diese Lösung ist nur denkbar auf Grund des Sachverständigengutachtens. Haben wir einen Fehler gemacht, so ist es der, daß wir nicht erreichen konnten, daß die Wahl erst nach der Erledigung der Reparationsfrage stattfand. (Beifall.)

Es läuft ein Schlußantrag ein.

Fleißner-Dresden spricht gegen den Schluß, da die Opposition noch nicht genügend Gelegenheit erhalten habe, sich zu äußern.

Mit 136 gegen 131 Stimmen wird der Schluß der allgemeinen Aussprache beschlossen.

(Pfuirufe bei der Opposition.)

In persönlicher Bemerkung verwahrt sich Markwald-Frankfurt a. M. gegen die beleidigenden Unterstellungen Loebes. Loebe erwidert, daß er bei dem Vergleich Markwalds mit dem Kommunisten Scholem nicht an dessen Schimpfworte gedacht habe, sondern an die ungeschickte und taktlose Art seines Auftretens. (Große Heiterkeit.)

Von einem Breslauer Delegierten wird die Abstimmung wegen des geringen Stimmenunterschiedes bezweifelt. Der Parteitag hält aber die Aufzählung aufrecht.

Im Schlußwort gibt der Referent Wels einen Ueberblick über die Darlegungen der sogenannten Opposition. Will man etwa durch eine unentwegt oppositionelle Haltung den Parteivorstand zur Liebe zwingen. Diese Haltung erinnert manchmal etwas an den Berliner, der seiner Erwählten seine Liebe mit den Worten erklärt: Lieb mir, oder ich zerhack di die Kommode. (Große Heiterkeit.)

Die Genossen in Sachsen und Thüringen schlossen das Bündnis mit den Kommunisten im Gegensatz zu der Auffassung der gesamten Partei im übrigen Deutschland.

(Beifall und Widerspruch.) Unsere Politik war richtig, obwohl ihr die Erfolge versagt blieben. Auf Wellentäler folgen mit Naturnotwendigkeit Wellenberge und so wird die Zukunft auch der Sozialdemokratie den Sieg verschaffen. Wo soll es hin, wenn vor den Wahlen eine Parteizeitung es fertig brachte zu schreiben: „Her mit der befreienden Niederlage!" Einer Niederlage, von der sie die Befreiung von der Diktatur der Parteibonzen erwartet. Zum Schluß rechtfertigt der Referent das Verhalten des Parteivorstandes bezüglich der Berliner Kandidatenliste.

Das Schlußwort zum Bericht der Reichstagsfraktion nimmt **Hermann Müller.** Die Reichstagsfraktion lehnt das Projekt der Arbeitsdienstpflicht als Versuch der verkappten Wiedereinführung der Wehrpflicht ab. In der Bodenreformfrage haben wir die im alten, so auch im neuen Reichstag schon unseren Antrag eingebracht. Ob die Fraktion den Reichswehretat annimmt, oder ablehnt, wird von dem Gang der Verhandlungen abhängen. Die Annahme des Antrages auf Ablehnung könnte den Rechtsparteien Gelegenheit geben, in der Reichswehr gegen uns zu agitieren. Mit der Stellung von Referenten und Korreferenten wird viel Mißbrauch getrieben. Gewiß gehört zur Demokratie der Schutz der Minderheit, aber noch viel mehr der Schutz der Mehrheit (Sehr richtig.) In die Regierung sind wir nur gegangen, weil wir dies aus außenpolitischen Gründen tun mußten. Um diese Feststellung sind die Vertreter der Opposition herumgegangen. Bei der Unterstützung des Kabinetts Marx war unsere Stellung deswegen so schwach, weil die bürgerlichen Parteien ganz genau wußten, daß wir im Interesse der Arbeiterschaft für das Gutachten eintreten mußten. Es gibt Fälle, wo wir den Mut haben müssen, aus der Regierung herauszugehen. Die Formulierung von Bedingungen für den Eintritt in die Regierung muß der jeweiligen politischen Situation angepaßt werden. Wir haben immer betont, daß Stinnes seine persönlichen Interessen mit den Interessen des deutschen Volkes verwechselte. Von seinem Riesenvermögen erhält das Reich nicht einen Pfennig Erbschaftssteuer. Er hat das Vermögen seiner Frau vermacht und die Kinder haben auf das Vermögen zugunsten der Mutter verzichtet. Anderseits ist von Gewerkschaftsführern mitgeteilt worden,

daß bei Lohnverhandlungen Stinnes noch nicht der Schlimmste gewesen sei.

Von „Bourgeoisie" darf man nicht unbedingt sprechen. **Die Demokraten haben es verhindert, daß die Deutschnationalen in die Regierung kamen.**

Auch die Zentrumsparteien ist in zahlreichen Blättern unserer Partei erheblich gefeiert worden. Wenn tatsächlich Deutschnationale in die Regierung kommen sollten, dann werden wir auch mit allen Mitteln der Taktik diese Reaktionsgefahr zu beseitigen versuchen. Die Erzbergersche Steuerpolitik ist an sich durchaus gut gewesen, nur hat es die Bourgeoisie verstanden, die starke Steuerbelastung dem Volke während der Inflation mit schlechtem Gelde zu bezahlen. Die KPD. ist von der thüringischen Sozialdemokratie selber als die Todfeindin der SPD. bezeichnet worden. Etwas anderes habe der Parteivorstand auch nicht behauptet. Zur Frage der

Wahl des Reichspräsidenten

betont der Redner, daß auch die Partei nicht alles billigen könne, was der Reichspräsident zu tun gezwungen sei. Aber kommende Zeiten werden den Takt und die Zurückhaltung des Reichspräsidenten gebührend anerkennen. Die Erörterung der Reichspräsidentenwahl ist heute noch verfrüht. Zur gegebenen Zeit wird aber die Partei das Erforderliche in dieser Frage tun. Der Redner spricht zum Schluß sein Vertrauen aus über das Zusammenwirken der Internationale bis zum endgültigen Siege.

Beunruhigung über die Mehrarbeit in Deutschland

Eine Debatte in Genf

Genf, 13. Juni. Gestern ist der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes unter dem Vorsitz des französischen Regierungsvertreters Fontaine zur Beratung der internationalen Arbeitskonferenz zusammengetreten. Bei der Beratung des Berichtes des Direktors des Arbeitsamts, in dem auf die Beunruhigung hingewiesen wird, die in verschiedenen Ländern durch die Mehrarbeit in Deutschland hervorgerufen worden sei, machte der Vertreter der deutschen Regierung, Ministerialrat Leymann vom Reichsarbeitsministerium, unter Anführung von Beispielen darauf aufmerksam, daß eine derartige Beunruhigung über zu lange Arbeitszeit anderer Länder auch in Deutschland bestehe. Als dann der Vertreter der polnischen Regierung seinerseits die Schwierigkeiten erwähnte, die für Polen aus der Mehrarbeit in Deutschland entständen, führte der deutsche Vertreter aus, wenn Deutschland auch das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag nicht ratifiziert habe, so halte es doch am Grundsatz des Achtstundentages fest. Die Abweichungen, die nur auf außergewöhnliche Umstände zurückzuführen seien, hätten einen vorübergehenden Charakter. Im übrigen seien die deutschen Gewerkschaften durchaus in der Lage, sobald es die Umstände möglich machen, sich selbst für die strikte Anwendung des Achtstundentages einzusetzen. Soweit er das aus den ihm vorliegenden Tarifverträgen ersehen könne, würden außerdem Ueberstunden bezahlt, und in den verschiedenen Industrien, so in der Glasindustrie, dem Buchdruckgewerbe und dem Bergwerksbetriebe, werde der Achtstundentag weiter durchgeführt. Im weiteren Verlaufe der Sitzung schritt der Verwaltungsrat des Arbeitsamtes zur Ernennung der drei Mitglieder des in Art. 312 des Versailler Vertrages vorgesehenen Ausschusses für die Regelung der Uebertragungsbedingungen der Versicherungsfonds in Oberschlesien. Ernannt wurden der ehemalige italienische Arbeitsminister Mario Abbiate, der Präsident des königlich-schwedischen Versicherungsrates Lindstedt und der Berner Professor für Finanz- und Versicherungswissenschaften Christian Möser. Laut Art. 312 ist noch je ein Mitglied des Ausschusses von der deutschen und der polnischen Regierung zu ernennen.

Sensationelles Verschwinden eines Abgeordneten

Rom, 13. Juni. (Eig. Tel.) Die Hauptstadt ist durch eine Sensation in die größte Erregung versetzt. Der Abgeordnete Matteotti, der sich trotz seiner Jugend durch eine starke

Agitation gegen die Faschisten

unter den Sozialisten auszeichnete und bei den jüngsten Wahlen doppelt gewählt wurde, wird seit Dienstag abend vermißt. Einwandfreie Zeugen sagen aus, daß sie am Dienstag abend aus einem geschlossenen Auto an einer einsamen Stelle des Tiberufers außerhalb der Porta del Popolo gellende Hilferufe gehört hätten. Drei Männer hätten darauf das Auto bestiegen, das dann schnell davongefahren sei. Regierung, Kammer und Polizei haben eine Untersuchung eingeleitet.

Der verschwundene Abgeordnete ist noch jüngst in der Kammerdebatte durch einen heftigen Angriff gegen die Wahlmethode hervorgetreten, der den faschistischen Vizepräsidenten der Kammer zum Einschreiten veranlaßte und die ersten stürmischen Tumulte in der Kammer hervorrief. Im Namen der Sozialisten, Kommunisten und Republikaner, sowie unter Zustimmung der demokratischen Opposition interpellierte der Abgeordnete Conzales die Regierung über Matteottis Verschwinden und über die Maßnahmen, welche die Regierung zur Aufklärung des Falles ergreift.

Mussolini ließ sich eingehend über den Fall informieren und hat stärkste Bestrafung zugesagt, falls ein Verbrechen vorliegen.